

Beilage uckr001 zur Verhandlungsschrift

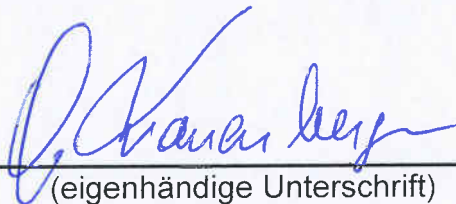
Name: Frauenberger Gerhard, Vizebürgermeister der Stadtgemeinde Schwechat

Anschrift: 2320 Schwechat, Rathausplatz 9

Stellungnahme zum Vorhaben Parallelpiste 11R/29L, Flughafen Wien AG und Land
Niederösterreich, gemäß §§ 5 und 17 Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000,
UVP-G 2000

Im Zuge der Verhandlung wurde von mir Folgendes mündlich vorgetragen:
Es wird auf die übergebene Stellungnahme verwiesen. (siehe Beilage uckr001,
Beilage zur Stellungnahme der Stadtgemeinde Schwechat)

Schwechat , am 29. August 2011



(eigenhändige Unterschrift)

Amt der NÖ Landesregierung
Abteilung Umweltrecht
Haus 16 (Erdgeschoß)
Landhausplatz 1
3109 St. Pölten

Schwechat, 26. August 2011

**Umweltverträglichkeitserklärung der Flughafen Wien AG und des Landes
Niederösterreich - vertreten durch die Abteilung Landesstraßenbau - betreffend des
Vorhabens "Parallelpiste 11R/29L; Verlegung der Landesstraße B10"**

UVP Verhandlung Flughafen 29.08.2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Gemeinderat der Stadtgemeinde Schwechat hat in seiner Sitzung am 16. Mai 2007 unter Tagesordnungspunkt 5 die Stellungnahme der Stadtgemeinde Schwechat zur Umweltverträglichkeitserklärung der Flughafen Wien AG und des Landes Niederösterreich - vertreten durch die Abteilung Landesstraßenbau - betreffend des Vorhabens "Parallelpiste 11R/29L; Verlegung der Landesstraße B10" beschlossen.

Nachdem die Stadtgemeinde Schwechat mit der Antragswerberin Flughafen Wien AG den Mediationsvertrag (UVE-Beilage 30.02) abgeschlossen hat, in dem sich die Flughafen Wien AG verpflichtete, das Projekt mit den im Mediationsverfahren vereinbarten Festlegungen einzureichen, bleibt festzuhalten, dass sich die Stadtgemeinde Schwechat mit dem Projekt - das aus unserer Sicht den Mediationsvereinbarungen entspricht - prinzipiell einverstanden erklärt.

Die Vertragsparteien haben sich im Gegenzug verpflichtet, Anliegen, Fragen und Wünsche, die sich im Zuge des Genehmigungsverfahrens ergeben, primär direkt mit der Flughafen Wien AG und nicht im Genehmigungsverfahren zu erörtern.

Demzufolge haben wir unsere Anliegen primär im Dialogforum eingebracht, um "Nachbesserungen" bei den Unterlagen zu erreichen.

Der Mediationsprozess rund um den Ausbau des Flughafens wurde im Jahr 2005 zum Abschluss gebracht und die entsprechenden Verträge im Zusammenhang mit dem Mediationsverfahren Flughafen Wien-Schwechat seitens der Stadtgemeinde Schwechat in der Sitzung des Gemeinderates am 30. Juni 2005 unter Tagesordnungspunkt 4 beschlossen.

Ich wurde in der Folge vom Gemeinderat der Stadtgemeinde Schwechat als Vertreter in den Verein „Dialogforum Flughafen Wien“ entsendet und habe derzeit die Funktion als Obmann. In 294 Sitzungen des Dialogforums habe ich bisher im Sinne des Mediationsvertrages an der Lösung des Grundkonfliktes „**Ökonomische Rationalität und Ruhebedürfnisse**“ - der allen einzelnen Themen zu Grund liegt - mitgearbeitet.

Ergänzend zu den bisherigen Ausführungen ist am heutigen Tag hinzuweisen, dass sich die Stadtgemeinde Schwechat der allgemeinen Stellungnahme sämtlicher Standortgemeinden anschließt, dass das Projekt nur dann umweltverträglich ist, wenn die Vereinbarungen des Mediationsvertrages eingehalten werden.

Beispielhaft verweise ich auf den Nachtflug und den damit verbundenen „54 dB Deckel“ aber auch auf die Vereinbarung, dass die Festlegung der Pistenverteilung und Flugrouten im Einvernehmen zu erfolgen hat.

Zum Thema Modal Split A4 / öffentlicher Verkehr fordert die Stadtgemeinde Schwechat – als die von der A4 am stärksten betroffene Gemeinde – mit Nachdruck die Ertüchtigung des öffentlichen Verkehrs und verweist auf die pessimistischen Aussagen im Gutachten, wonach aus Sicht des Gutachters die Prognosen des Flughafens (Büro Käfer) wahrscheinlich nicht erreicht werden können. Die Stadtgemeinde wird ausdrücklich auf den Hinweis des Gutachtens aufsetzen, dass die engagierten Ziele des Flughafens nur dann erreicht werden, wenn massive Lenkungsmaßnahmen getroffen werden. Diese Lenkungsmaßnahmen müssten aus Sicht des Gutachtens, insbesondere die Frage des Parkraumes, aber auch Eingriffe in die Taxis beinhalten. In dieses Paket soll aus Sicht der Stadtgemeinde auch die Frage der Errichtung eines Radweges aufgenommen werden.

Abschließend möchte ich hinweisen, dass durch eine steigende Personenanzahl rund um den Flughafen dem allgemeinen Thema Sicherheit auch eine wesentliche Bedeutung zukommt und auch diesbezüglich die entsprechenden Maßnahmen zu setzen sind.

Mit freundlichen Grüßen
Der Bürgermeister

i. V. Gerhard Frauenberger
Vizebürgermeister